SONDERVERÖFFENTLICHUNG ZUM 3. BODENSEE BUSINESS FORUM 2019

Schwäbische Zeitung

BODENSEE BUSINESS FORUM

BBF

Gegenwärtig gibt es viel zu viele Staatsmänner, die sich gegenseitig ihre Muskeln zeigen, die im Nationalismus ihr Heil suchen und die kurzfristig mit allen Mitteln ihre Macht zu erhalten versuchen. Umso wichtiger ist, dass wir unseren europäischen Weg weiter erfolgreich gestalten. Dieser beruht auf Frieden, Solidarität, demokratischen Prozessen mit Diskussion über den besten Weg und Kompromissen. Dieser Weg ist langsam und manchmal ermüdend, aber er ist unser Weg. Er hat uns zu über siebzig Jahren Frieden, zu einer der größten Freihandelszonen der Welt und weitgehend auch zu Wohlstand und sozialem Frieden geführt. Lassen Sie uns das nicht als selbstverständlich hinnehmen, sondern um dieses wertvolle Gut kämpfen. Frieden ist nicht selbstverständlich, Nationalismus bedroht diesen Frieden.

Dr. Kurt Sabathil
Geschäftsführer Schwäbisch Media

Vernetzen statt verzweifeln – Was die Welt zusammenhält
Graf-Zeppelin-Haus, Friedrichshafen

carthago Das Reisemobil.
ROLLS ROYCE
STENDER
Stiftung Liebenau
VETTER
CHG
SCHWÄBISCH. MEDIA

In einer globalisierten Welt lässt sich gemeinsam viel erreichen. Große Themen finden nicht mehr nur innerhalb der eigenen Landesgrenzen statt. Das lässt sich auch als Chance begreifen: So bergen sowohl der Kontinent Afrika als auch die Migration nach Deutschland großes Potenzial für die deutsche Wirtschaft.

Gerd Müller wirbt für ein grünes Afrika

Der Entwicklungsminister will mehr deutsche Investitionen fördern – Klimaschutz steht ganz oben auf der Agenda

Von Sabine Lennartz

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hat dazu aufgerufen, „ein grünes Afrika“ zu schaffen und erneuerbare Energien statt Kohle zu fördern. „Der Klimaschutz in Deutschland ist wichtig“, so Müller beim Bodensee Business Forum der „Schwäbischen Zeitung“, „aber die Entscheidung über das Weltklima fällt in den Schwellenländern“. „Afrika als Chance sehen“ hieß das Thema, über das Chefredakteur Hendrik Groth mit Gerd Müller und Tobias Kahler, dem Deutschland-Chef der Bill & Melinda Gates-Stiftung, gesprochen hat.

Gerd Müller ist einer der dienstältesten Minister im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), und er wird nicht müde, für mehr Gerechtigkeit und eine Welt ohne Hunger zu kämpfen. Immer wieder appellierte er an die Deutschen, Afrika als Chance zu begreifen. Sechs der zehn sich am schnellsten entwickelnden Volkswirtschaften liegen in Afrika. „Ein Kontinent der Jugend“, so Müller, aber leider auch der Krisen, Kriege und Instabilitäten.

„Müller ist ein Glücksfall“, findet Kahler. Er zieht mit dem Entwicklungsminister an einem Strang. Für den 44-jährigen Kahler ist es ein Herzensanliegen, Deutschland an das Versprechen zu erinnern, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Großbritannien und die nordischen Länder hätten dieses Ziel erreicht, Deutschland noch immer nicht.

Die Gates-Stiftung konzentriert sich auf die Ärmsten. „Wenn Bildung und Gesundheit nicht gegeben sind, können Menschen auch nicht produktiv sein“, so Kahler. Die Stiftung ist deshalb sehr engagiert in internationalen Impfprogrammen etwa gegen Malaria und Masern. Man habe auch schon sehr viel Geld investiert in die Forschung eines Impfstoffes gegen Aids – bisher noch ohne Ergebnis.

> „Ich würde es machen, aber der Ruf kam nicht.“
>
> Entwicklungsminister Gerd Müller hatte sich erfolglos das Amt eines EU-Afrika-Kommissars gewünscht – und würde es auch selbst machen.

Kahler hofft auf mehr Engagement für Afrika. Er warb wie Müller dafür, diesen Kontinent als Chance zu verstehen – auch für die Wirtschaft. „Jetzt ist ein guter Moment, zuzugreifen“, so Kahler. Nur ein bis 1,5 Prozent der deutschen Direktinvestitionen gingen nach Afrika. Dabei lägen hier Riesenchancen, das Durchschnittsalter liege bei 18 Jahren, in Deutschland bei 46. „Das ist ein wahnsinniges Potential“, das man nutzen solle, so Kahler. Zumal das Schicksal von Europa eng verbunden sei mit dem des Nachbarkontinents Afrika.

Gerd Müller will vor allem Mittelständler für Investitionen in Afrika gewinnen und wirbt mit Hilfen und Förderprogrammen. In Afrika werde in den nächsten zehn Jahren mehr in Infrastruktur und Bau investiert als in den letzten hundert Jahren in Europa. „Auf nach Afrika, seien Sie dabei!“

Tobias Kahler berichtete von einem Projekt in Ruanda, wo gerade mittels Drohnen-Technologie Medikamente verteilt werden. Gerd Müller plädierte dafür, die Energiegewinnung aus Solarkraft und synthetischen Kraftstoffen in Afrika zu fördern. „Wenn wir das Zwei-Grad-Ziel nicht erreichen, werden die Ärmsten am meisten leiden“, mahnte auch Kahler.

Müller erinnerte daran, dass die Klimaerwärmung Afrika ganz anders treffe als Deutschland. Im Allgäu könne er jetzt die schönsten Weintrauben an seiner Garage ernten, aber in der Tschad-Region sehe es ganz anders aus. Der Wassermangel bedrohe hier Menschenleben.

Afrika als Chance begreifen: Gerd Müller und Tobias Kahler diskutieren über das Potenzial des Kontinents. FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Müller sieht Afrika als Jahrhundertherausforderung. „Leider hat Brüssel das nicht verstanden.“ Gerd Müller hatte für einen Afrika-Kommissar in der neuen EU-Kommission geworben, ohne sich durchzusetzen. „Ich würde es machen, aber der Ruf kam nicht.“ Mehr Erfolg hat Müller im eigenen Kabinett. „Gestern ist Spahn nach Afrika gereist, vorgestern Annegret Kramp-Karrenbauer, heute Julia Klöckner, es ist schön, dass es alle begriffen haben.“ Man arbeite an einem Zukunftsvertrag mit Afrika.

Wichtig sei, in Krisenländern vor Ort zu helfen. In Syrien etwa reichten 50 Cent, um das Überleben eines Kindes zu retten, In Friedrichshafen müsse man 100 Euro am Tag für einen Flüchtling aufwenden.

Gerd Müller entließ das Publikum am Bodensee nicht, ohne jeden daran zu erinnern, dass man auch selbst etwas tun kann. Der 64-jährige Minister aus dem Allgäu will keine Anzüge tragen, für die Kinder ausgebeutet werden. Deshalb empfiehlt er Produkte mit dem Grünen-Knopf. Und er hatte noch einen anderen Rat: „Kaufen Sie auch mal fairen Kaffee und Bananen ein.“

Als international führender Pharmadienstleister und unabhängiges Unternehmen in Familienbesitz unterstützen wir Arzneimittelhersteller in der sterilen Abfüllung und Endverpackung von Spritzen und anderen Injektionssystemen. Dies sowohl in der klinischen Entwicklung neuer Präparate als auch bei der globalen Marktversorgung. Qualität steht bei unserer Arbeit seit jeher an oberster Stelle. Auch setzen wir immer wieder neue Trends und Standards in unserer Branche. Mit dem Ergebnis: Auf uns verlassen sich nicht nur zahlreiche der größten Pharma- und Biotech-Unternehmen der Welt, sondern vor allem Millionen von Patienten. Ohne ein verantwortungsvolles Arbeiten auf allen Ebenen wäre das nicht möglich – von der Produktion bis zur Verwaltung. Das macht uns stark für ein weltweites Wachstum und den sich ständig wandelnden Gesundheitsmarkt. Es bietet aber auch Chancen für unsere Mitarbeiter.

Entdecken Sie Ihre Möglichkeiten bei uns:
Leben. Qualität. vetter-pharma.com/karriere

VETTER

Planungssicherheit dringend gewünscht

Warum eine Unternehmerin von der Politik enttäuscht ist

Von Ulrich Mendelin

Die neuen Regeln wurden gerade erst beschlossen: Im Juli hat der Bundestag das „Gesetz über Duldung bei Beschäftigung und Ausbildung“ verabschiedet. Es soll arbeitenden Flüchtlingen, die kein Asyl bekommen haben, eine Bleibeperspektive eröffnen. Aus Sicht von Antje von Dewitz handelt es sich aber lediglich um ein „Gesetzchen“. Die Chefin des Tettnanger Outdoor-Ausrüsters Vaude machte auf dem Podium zum Thema Arbeitsmarkt und Migration beim Bodensee Business Forum in Friedrichshafen klar, dass sie mehr erwartet hätte: „Die Politik hat alle Unternehmen alleine gelassen.“

Von Dewitz spricht für die Initiative „Bleiberecht durch Arbeit“, der 170 Firmen angehören. Firmen, die Flüchtlinge beschäftigen und Planungssicherheit fordern. Stattdessen sind ihre neu gefundenen Mitarbeiter ständig von Abschiebung bedroht. In ihrem Betrieb gelte das für etwa die Hälfte der 13 Flüchtlinge, so von Dewitz. Vielen Betroffenen helfe die Neuregelung gar nicht, da sie noch im laufenden Asylverfahren sind und nicht, wie vom Gesetz gefordert, als abgelehnte Asylbewerber in der Duldung. Gewünscht hätte sich von Dewitz eine Stichtagsregelung für arbeitende Flüchtlinge, die vor einem bestimmten Zeitpunkt in Deutschland gewesen seien.

Die hätte auch Annette Widmann-Mauz gerne gehabt. „Aber dafür gab es damals keine Mehrheit“, stellte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung fest. Sie saß neben von Dewitz auf dem Podium und beteuerte, eine „praktikable Lösung“ anzustreben. „Aber wir müssen uns auch ehrlich machen: Das Aufenthaltsrecht für Geflüchtete geht nicht davon aus, dass jeder, der hierherkommt, auch bleiben darf.“ Man debattiere ja nicht im luftleeren Raum, so Widmann-Mauz: „Es gibt Leute, die wollen keine Zuwanderung.“

Den Einwurf von Moderator Ulrich Reitz, ob die Regierungsparteien ihren Kurs von der AfD mitbestimmen lassen, die Rechtspopulisten womöglich schon stillschweigend mitregieren, wies die CDU-Politikerin zurück: „Ich habe keine Angst vor der AfD.“ Die beiden weiteren Gäste des Podiums, die Dresdner Literaturwissenschaftlerin Marina Münkler und der Schweizer Aktivist Stefan Manser-Egli warnten beide davor, sich auf die Argumentation von Rechtsaußen einzulassen. Marina Münkler hat 2016 mit ihrem Mann, dem Historiker Herfried Münkler, einen Bestseller über „Die neuen Deutschen“ veröffentlicht und hat nach eigener Aussage bei jeder Lesung auch Auseinandersetzungen mit Pegida-Anhängern. „Ich habe mir schnell angewöhnt, hart zu sein“, sagte sie. „Die wollen unsere Republik verändern, da sollten wir nicht zurückweichen.“ Auch Manser-Egli weicht nicht zurück, seine Operation Libero nahm bei Volksabstimmungen mehrfach einen Gegenpart zur rechten SVP ein, nachdem die Rechtsaußenpartei zuvor eine Initiative gegen „Masseneinwanderung“ gewonnen hatte. „In der Schweiz haben danach alle Parteien begonnen, Migration zu problematisieren“, berichtete er. „Wir haben nicht über Migration gesprochen, sondern über Bürgerrechte.“ Und waren damit bei folgenden Abstimmungen, etwa über eine Abschiebung auch nach Kleinstdelikten, erfolgreich.

In Baden-Württemberg muss Unternehmerin von Dewitz mit dem neuen „Gesetzchen“ zunächst einmal leben. Die Politik habe aber Spielraum, betonte sie. „Ich wünsche mir, dass die bestehende Rechtslage so gelebt wird, dass sie in der Realität mehr Sinn macht.“

Arbeitsmarkt und Migration – Wege zum Erfolg: Darüber sprechen mit Moderator Ulrich Reitz (von rechts) Antje von Dewitz, Annette Widmann-Mauz (CDU), Stefan Manser-Egli und Marina Münkler. FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Es ist eine Frage, die in Zeiten von „Fridays for Future“ immer mehr an Relevanz gewinnt: Wird die Zukunft klimaneutral? Der Weg dorthin ist noch weit. Experten aus den Bereichen Mobilität und Energieversorgung zeigen sich beim BBF in Friedrichshafen jedoch optimistisch.

Der Antrieb der Zukunft

Automobilexperten sehen die Mobilität auf einem guten Weg, klimaneutral zu werden, glauben allerdings an unterschiedliche Wege

Von Andreas Knoch

Wie sieht er aus, der Antrieb der Zukunft? Hat der Verbrennungsmotor eine Perspektive? Schafft die Elektromobilität den Durchbruch auf dem Massenmarkt? Und welche Rolle spielen Hybrid und Brennstoffzelle? Vor dem Hintergrund harter Klimaschutzvorgaben sind das gerade für das Autoland Deutschland entscheidende Zukunftsfragen. Antworten darauf haben Wolf-Henning Scheider, Vorstandsvorsitzender des Automobilzulieferers ZF, Andreas Schell, Chef des Motorenbauers Rolls-Royce Power Systems (RRPS), und Ferdinand Dudenhöffer, Leiter des Center for Automotive Research an der Universität Duisburg-Essen, im Rahmen des Bodensee Business Forums in Friedrichshafen gegeben.

Trotz aller Differenzen im Detail, in einem Punkt herrschte weitgehend Konsens: im Glauben, Mobilität langfristig klimaneutral zu bekommen. „Wir sind auf dem besten Weg dahin“, sagte Dudenhöffer. Über das Wie hingegen gehen die Meinungen auseinander. Während Dudenhöffer in der Elektromobilität den heiligen Gral sieht, setzt ZF-Chef Scheider zumindest mittelfristig auf den Hybrid. Angesichts fehlender Ladeinfrastruktur, geringer Reichweite und hoher Preise für rein batterieelektrisch fahrender Fahrzeuge sei der Hybrid aktuell der beste Kompromiss. Für Schell, dessen Unternehmen RRPS unter anderem Motoren für Schiffe und schwere Bergbautrucks produziert, sei der Diesel in bestimmten Industrien „auch noch in 15 Jahren“ alternativlos.

Andreas Schell (links) und Wolf-Henning Scheider (rechts).
FOTOS: CHRISTIAN FLEMMING

Klar ist: Die Mobilitätswende wird der deutschen Schlüsselindustrie in den kommenden Jahren enorme Kraftanstrengungen abverlangen. Ob die Branche bei dieser Transformation ihre weltweit führende Wettbewerbsposition behält, die sie sich mit dem Verbrennungsmotor über Jahrzehnte erarbeitet hat, ist offen. ZF beispielsweise investiert in den kommenden fünf Jahren zwölf Milliarden Euro zusätzlich in neue Mobilitätslösungen.

Auch RRPS wolle seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung laut Vorstandschef Schell in den nächsten Jahren „um 15 Prozent“ nach oben schrauben. Sieben Antriebslösungen habe der Konzern heute im Portfolio. Diese Zahl solle sich verdoppeln. „Da wird die Brennstoffzelle eine Rolle spielen, und in der Marinetechnik auch der Elektroantrieb“, so Schell. Doch der Diesel sei und bleibe für viele Anwendungen eben doch das Maß der Dinge – mit Potenzial für effizientere, umweltfreundlichere Motoren.

Kritik, dass die deutschen Hersteller wichtige Entwicklungen bei neuen Antriebstechnologien verschlafen hätten, wiesen die Industrievertreter zurück. „Nein das haben wir nicht“, sagte Scheider und verwies auf die Vielzahl an Elektromodellen, die die deutschen Automobilhersteller in den kommenden Monaten auf den Markt bringen werden. Innovationen brauchten eben Zeit bis sie serienreif seien. Doch er gab auch zu, dass die Industrie mit der Entwicklung einer Vielzahl neuer Antriebstechnologien überfordert sei, wenn dem Verbrennungsmotor das baldige Aus drohe. „Ich bin auch für Regulierung. Die Politik muss Leitplanken setzen und vor allem mit Augenmaß vorgehen“, forderte der ZF-Chef. Vorschläge, wie sie jüngst aus Dänemark kamen, und die ein EU-weites Verbot von Verbrennungsmotoren bis 2030 zum Ziel haben, „machen die deutsche Automobilindustrie kaputt“.

„Das ist idiotisch. Da wird Steuergeld verbrannt.“

Ferdinand Dudenhöffer zu den Plänen der Bundesregierung, eine Batteriezellfertigung anzusiedeln

So verwundert es nicht, dass Scheider mit dem unambitionierten Klimaschutzpaket der Bundesregierung ganz gut leben kann. Es sei ein guter Kompromiss, um einerseits die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen, andererseits den Individualverkehr nicht zu teuer zu machen, sagte der ZF-Chef.

Automobilexperte Dudenhöffer hingegen ließ kein gutes Haar an den Plänen der Großen Koalition. „In drei Jahren wird der Liter Benzin dadurch drei Cent mehr kosten – das bewegt keinen Autofahrer zum Umstieg auf ein Elektroauto.“ Der Einstiegspreis von zehn Euro pro Tonne CO_2 müsse „verfünffacht“ werden. Nur dann hätte er eine Lenkungsfunktion und würde dafür sorgen, dass sich Verbraucher vom Verbrennungsmotor abwenden.

Einig waren sich Scheider, Schell und Dudenhöffer, was die Pläne der Bundesregierung anbelangt, in Deutschland eine Batteriezellfertigung aus dem Boden zu stampfen. „Das ist idiotisch. Da wird Steuergeld verbrannt“, geißelte Dudenhöffer das Vorhaben von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und nannte es eine „Lüge“, dass dadurch Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen würden. Auch für Scheider macht es keine Sinn, den asiatischen Technologieführern „hinterherzurennen“. Stattdessen sollte die deutsche Industrie im Schulterschluss mit den Forschungsinstituten an der Batterietechnologie der Zukunft arbeiten und diese zur Marktreife bringen.

Auf der Suche nach der sauberen Energie

Die Technologien für die Energie der Zukunft liegen in den Schubladen der Konzerne, das wird in einer Diskussion zwischen dem Motorenhersteller Rolls-Royce Power Systems und Aktivisten der „Fridays for Future“-Bewegung deutlich

Von Lukas Wild

Wie wird die Energieversorgung der Zukunft sauber? Dieser Frage sind Martin Teigeler, Executive Vice President der Rolls-Royce Power Systems (RRPS) für den Bereich Engineering, gemeinsam mit den „Fridays for Future“-Aktivisten Emily Lies und Lachlan Eckardt und rund 60 Zuhörern nachgegangen. Rolls-Royce Power Systems stellt Motoren für den „off-Highway-Bereich“ her – Maschinen also, die nicht auf der Straße fahren.

RRPS glaubt an den Diesel, sagt Konzernsprecher Christoph Ringwald, will aber gleichzeitig neue Technologien voranbringen. Deshalb setzt das Unternehmen auf Innovationen. Bis 2030 will RRPS weg vom reinen Motorenanbieter, hin zu einem Lösungsanbieter, der flexibel auf die Anforderungen seiner Kunden eingehen kann.

So sollen in Zukunft statt bisher sieben 14 Antriebslösungen angeboten werden können. Je nach Einsatzbereich werde es dann reine Dieselaggregate, Motoren für synthetische Kraftstoffe, verschiedene Hybridlösungen, Antriebe mit Brennstoffzellen und rein elektrisch betriebene Motoren geben.

Die „Fridays for Future“-Aktivisten kritisierten weniger die Strategie des Konzerns als vielmehr die Kommunikation, diese Innovationen transparent zu machen. „Schwierig“, warf Teigeler ein, „denn wir müssen unsere Technologien vor der Konkurrenz schützen“. Doch man mache das Angebot, sich einmal im Werk über die Schultern blicken zu lassen.

Eine Technologie für die Energieversorgung der Zukunft, auf die RRPS große Hoffnung setzt, sind sogenannte „Smart Grids“ – kleine, dezentrale Einheiten aus Stromerzeugern, Speicherkapazitäten und intelligenten Steuerungen. Damit könnten in Zukunft auch kleine bis mittlere Verbraucher – vom Privathaushalt über öffentliche Gebäude bis hin zu Gemeinden und Städten – mit Strom versorgt werden. Es liege laut Teigeler allerdings in der Hand der Politik, hier Anreize zur Einführung zu setzen.

Ein Punkt, den auch die „Fridays for Future“-Aktivisten kritisierten: In Sachen Energiewende agiere die Politik zu mutlos, zu langsam und außerdem zu unberechenbar, um Unternehmen und Zivilgesellschaft mit ins Boot zu holen und Akzeptanz für neue Technologien zu schaffen.

Denn die Zeit drängt. Bürger und Unternehmen, so der Konsens in der Runde, müssten daher eigenverantwortlich handeln. Sei es, indem man aktiv oder passiv an politischen Prozessen teilnimmt, oder sich seiner Macht als Konsument bewusst wird. Unternehmen wiederum sollten, anstatt auf staatliche Förderprogramme zu setzen und rechtliche Rahmenbedingungen abzuwarten, in freiwilligen Kooperationen mit anderen Firmen nach Technologiesprüngen forschen.

Martin Teigeler (2. v. re.) mit den Aktivisten von „Fridays for Future“. FOTO: LUKAS WILD

Besuchen Sie uns in Carthago City

- Große Verkaufsausstellung Carthago, Malibu Van und Reisemobile
- Test&Rent Vermietstation
- Werksbesichtigungen
- Aktionstage mit Testfahrten

Faszination Carthago

Internationale Spitzenklasse aus der Wirtschaftsregion Oberschwaben: Die Carthago Gruppe in Aulendorf ist Europas Nummer eins für Premium-Reisemobile.

Bodenständig und gleichzeitig weltoffen, das ist Carthago Kultur. Mit dem Firmenhauptsitz Carthago City in Aulendorf sind wir unseren Wurzeln treu geblieben. Neben der Fertigung unserer Premiumklasse-Reisemobile sind hier eine große Verkaufsausstellung, ein Servicecenter sowie die Unternehmenszentrale konzentriert.

Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen und nehmen Sie an einer der täglichen Werksbesichtigungen teil. Anmeldung unter **www.carthago.com**

Carthago Reisemobilbau GmbH • Carthago Ring 1 • 88326 Aulendorf
marketing@carthago.com • www.carthago.com

carthago® Das Reisemobil.

Einige Attentäter rechtfertigen ihre Taten mit ihrer Religion. Wenn Konflikte in Gewalt umschlagen, wird das für jedermann schmerzlich sichtbar – zuletzt in Halle. Beim BBF steht der Dialog im Fokus: Hier kommen die großen Weltreligionen ins Gespräch.

Föderalismus als Therapiemöglichkeit

Der Historiker Michael Wolffsohn referiert über die Weltkonflikte der Gegenwart

Von Franziska Telser

Eigentlich soll sich der Workshop um internationale Konflikte drehen, trotzdem geht Wolffsohn zunächst auf den Anschlag in Halle ein, bei dem zwei Menschen am Dienstag ihr Leben verloren haben. Der Attentäter filmte seine Tat, veröffentlichte ein antisemitisches Manifest. „Kein Weltkonflikt scheinbar“, sagte Wolffsohn. „Aber wenn man es weiter interpretiert, dann doch.“

Deutschlands und Europas Juden seien qualifizierte Arbeitskräfte, Stützen in Wirtschaft und Gesellschaft, deutsche Staatsbürger. „Wer Juden vertreibt oder verfolgt, handelt nicht nur unmoralisch, sondern auch dumm“, sagte der Historiker.

Für mehr Sicherheit sorgen

In seinem Vortrag forderte er mehr äußere und innere Sicherheit: Das heiße konkret, nicht nur darüber zu reden, sondern für diese auch künftig besser zu sorgen: „Der BDS Beschluss muss besser umgesetzt werden.“ Er wirft mehreren Politikern vor, darunter CDU und SPD, den Beschluss, mit dem Antisemitismus bekämpft werden soll, zu boykottieren. Spätestens nach den Geschehnissen in Halle müsse sich das ändern.

Auch die äußere Sicherheit sei sträflich vernachlässigt worden, die Verantwortung tragen neben der Politik auch Justiz, Medien und die pazifistische Grundstimmung der deutschen Gesellschaft, sagte der Historiker. Betroffenheitsrituale oder moralische Appelle würden nicht ausreichen. Den Besuch einer Synagoge der Kanzlerin nach dem Verbrechen von Halle begrüßte Wolffsohn zwar, aber: „Wir wollen und wir werden nicht in Schönheit sterben.“

Polizeischutz für jeden Bürger

Es müsse mehr geschehen: Er fordert, den Polizeischutz auszubauen, nicht nur für Juden sondern für jeden Bürger.

Bei den großen Konflikten dieser Welt reicht es ebenfalls nicht aus, nur zuzuschauen und zu protestieren, spannt Wolffsohn den Bogen. „Strategien um Konflikte zu lösen, kann man lernen“, sagt Wolffsohn. Man müsse nur wollen. Was also ist das Analyseinstrument, um internationale Konflikte zu diagnostizieren?

Laut Wolffsohn betrachten die Menschen den Staat als eine Einheit. Zeitgleich hätten sie die Vorstellung, dass es eine Deckungsgleichheit gibt zwischen der Bevölkerung und den Staatsgrenzen. Tatsächlich aber sei die Konstellation zwischen der staatlichen Grenzziehung und der Bevölkerung nicht deckungsgleich. Seine These: Es

> „Wir wollen und wir werden nicht in Schönheit sterben.“
>
> Michael Wolffsohn, der mehr Polizeischutz für alle Bürger fordert

herrscht eine demografische Verteilung, die zwar auch in einen Staat zu lokalisieren ist, aber zugleich auch in einem oder mehreren Nachbarstaaten. Er nennt Regionen in Asien oder Afrika, aber auch in Europa: Spanien und Katalonien oder Frankreich und Korsika. „Da gibt es zwar keine Überlappungen, aber trotzdem gespaltene Bevölkerungsgruppen, deren Einheitlichkeit im Grunde ein Kunstprodukt ist“, sagte Wolffsohn.

Er überträgt diese These auf die Türkeiinvasion in Nordsyrien. „Was ist da los?“, fragt er. „Das Problem trägt die Überschrift Kurden.“ Diese haben keinen eigenen Staat, sondern sind verteilt über vier einzelne Staaten die in unmittelbarer Nähe liegen: Türkei, Syrien, Irak, Iran. Seine erste Annahme ist, die nicht vorhandene Deckungsgleichheit von politischer Geografie und faktischer Demografie. Zum anderen gebe es eine historische Urkraft: die Selbstbestimmung.

Die Kurden leben im Südosten der Türkei, einer heiklen Region aus mehreren Gründen: Dort kommen Öl und Erdgas-Pipelines aus dem Nahen Osten und der kaspischen

Der Historiker Michael Wolffsohn. FOTOS: DANIEL DRESCHER

Region zusammen. Die Türkei ist dadurch in der Situation, wenn sie die Kurden militärisch bekämpft, dass diese Anschläge auf die Pipelines verüben könnten, erklärt Wolffsohn. Ein wirtschaftliches Risiko, eine Verzahnung. „Es läge also im Interesse der Türkei, den Kurdenkonflikt in der Türkei zu lösen.“ Ebenso liegt im Südosten eine wichtige Wasserscheide, Euphrat und Tigris entspringen in dem türkisch-kurdischen Gebiet. Die Türkei könnte also den Folgestaaten der beiden Flüsse Syrien und dem Irak den Wasserhahn zudrehen. „Und wir protestieren nur“, sagt Wolffsohn.

Das Kurdenproblem sei aber in der Türkei noch nicht zu Ende, die Kurden seien auch im Nordirak. „Ohne eine Selbstbestimmung der Kurden wird auch der Irak und auch Syrien nicht zur Ruhe kommen“, sagt Wolffsohn. Die Lösung ist laut Wolffsohn die Föderalisierung. „Ohne eine Föderalisierung der Kurdenfragen wird es weder für Syrien, noch den Irak, noch den Iran inneren Frieden geben können.“ Sein Vorschlag für die Türkei: „Eine Art Bundesrepublik für die Türkei mit einem Bundesland für die türkische Türkei und einer kurdischen Türkei, oder wie immer man das nennen möchte.“

Die These überträgt er noch auf weitere Konflikte. Zum Beispiel den Irak, wo Kurden, Sunniten und Schiiten in einem Staat leben.

Extremistisch ist der Mensch, nicht die Religion

Glaubensvertreter sprechen darüber, wie tolerant die Weltreligionen sind und wie sich diese gegen Extremismus wehren können

Von Dirk Grupe

Eine Diskussionsrunde zum Thema „Wie tolerant sind die Weltreligionen?“ muss zwangsläufig unter dem Eindruck der Geschehnisse von Halle stehen, dem versuchten Anschlag auf eine Synagoge, der in der Folge zwei Menschenleben gefordert hatte. Doch wie viel hat der blutige Anschlag eines Rechtsextremen auf ein Gotteshaus mit Religion zu tun? Nichts, betonte Shneur Trebnik, Ortsrabbiner in Ulm, der auf dem Bodensee Business Forum der „Schwäbischen Zeitung“ sagte: „Extremistische Menschen nutzen die Religionen aus“, das zeige auch der Vorfall in Halle. „Religionen sind ihnen nur eine Ausrede, um ihre Taten zu verüben.“

Doch wie tolerant sind die Weltreligionen selber? Der Mensch sei ambivalent, also vielschichtig und widersprüchlich, sagte der Islamwissenschaftler Muhammad Sameer Murtaza. Das gelte im Säkularen wie im Religiösen. „Wir Menschen sind zu Schrecklichem fähig.“ In dieser Ambivalenz spiegele sich, ob jemand seine Religiosität in eine konstruktive oder eine destruktive Spiritualität umsetze.

Auch Pater Nikodemus Schnabel, Ordensgeistlicher der Dormitio-Abtei Jerusalem, wehrte sich gegen das „Bashing der Religionen“, wie er es nannte. Um den ebenso plakativen wie provokanten Satz in den Raum zu stellen: „Das Schlimmste ist der Fußball!“ Weil es dabei zu Ausschreitungen, Gewalt und Korruption komme. „Fußball hat ein Hooliganproblem“, sagte Nikodemus. „Deshalb sollten wir Fußball verbieten.“ Was der Pfarrer selbstredend nicht ernst meinte. Müsste man dann auch die Religionen verbieten, die unter ähnlichen Problemen litten: „Religionshools missbrauchen die Religionen für ihre billige Identitätssuche.“ Die Glaubensrichtungen deshalb zu dämonisieren, wäre genauso falsch, wie einen Fußballverein zu verdammen, der unter einer kleinen Gruppe von gewalttätigen Anhängern leide.

Doch was können Religionen gegen Gewalt, gegen den Missbrauch einer friedlichen Idee tun? „Wir bringen in unserer Arbeit eine große Offenheit ein“, sagte die evangelische Pastorin Hanna Jacobs, die in Essen das Pionierprojekt raumschiff.ruhr leitet. „Es bringt schon sehr viel, wenn man gemeinsam isst, an einem Tisch sitzt“, sagte Jakobs, die das Gemeinsame betont, um Grenzen zu überwinden: „Wir müssen in Kontakt und Austausch kommen.“

Und dabei möglicherweise die Kraft der Nächstenliebe entdecken, auf die Muhammad Sameer Murtaza setzt: „Nächstenliebe erfordert Widerstandskraft, Tapferkeit und

Shneur Trebnik (Mitte), Rabbiner in Ulm, im Gespräch mit SZ-Redakteur Ludger Möllers (links) und Nikodemus Schnabel. FOTO: DANIEL DRESCHER

Beharrlichkeit, gerade wenn die Würde des Menschen angegriffen wird.“ Wenn es darum geht, der Destruktivität des Menschen Einhalt zu gebieten. Auf diese Weise könne jeder Gläubige im Privaten etwas tun, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen. „Und sei es nur von dem Gewicht eines Senfkorns“, so Murtaza.

Rabbiner Shneur Trebnik wäre für den Anfang schon mit weniger zufrieden: „Wir sollten unseren Nächsten nicht hassen.“ Nicht mit dem Nachbar um Nichtigkeiten streiten, ihm seine Ansichten, seine Sprache, sein Leben lassen. „Lassen Sie dem Nachbarn sein Privates“, appellierte Trebnik.

„Keine Religion macht an den Landesgrenzen halt“, sagte Pater Nikodemus. Damit seien sie ein wirksames Mittel nicht zuletzt gegen den grassierenden Nationalismus. Denn 85 Prozent der Menschheit sei religiös, Tendenz steigend, so der Pater, der einen Umstand betonte, der hierzulande oft vergessen werde: „Religion ist weltweit ein wachsendes Phänomen.“

Die Türkei marschiert in Syrien ein, die USA lässt dort ihre Verbündeten im Stich und die Briten wollen die EU verlassen. Internationale Beziehungen sind von Unsicherheit bestimmt. Und inmitten all dieser Krisen muss die Europäische Union eine klare Position beziehen. Mehr als genug Diskussionsstoff für die Speaker in Friedrichshafen.

Kleines Großbritannien, geschwächtes Europa

Welche wirtschaftlichen und geopolitischen Folgen der Brexit für die Europäische Union haben könnte

Von Claudia Kling und Sabine Lennartz

So viel ist sicher - es bleibt spannend in dem seit Jahren andauernden Brexit-Drama. Während Hendrik Groth, Chefredakteur der „Schwäbischen Zeitung“ beim Bodensee Business Forum mit seinen Gästen EU-Kommissar Günther Oettinger, Politikwissenschaftler Herfried Münkler und Sebastian Borger, Korrespondent der „Schwäbischen Zeitung“ in London, über den neuen Umgang mit Großbritannien diskutiert, kommt schon die nächste Eilmeldung von der Insel. Der britische Regierungschef Boris Johnson habe mit seinem irischen Amtskollegen Leo Varadkar möglicherweise eine Lösung gefunden. „Sie waren sich einig, dass sie einen Weg zu einem möglichen Deal sehen könnten“, heißt es laut Deutscher Presseagentur in einer gemeinsamen Stellungnahme nach dem Gespräch. Was davon zu halten ist? Sebastian Borger zweifelt an Johnsons ernsthafter Bereitschaft, einen ungeordneten Ausstieg aus der Europäischen Union abzuwenden, und an Varadkars Kompromissfähigkeit. „Das ist eine Situation, aus der man jetzt nicht rauskommt“, sagt er. Wirtschaftlich sei der Schaden eines ungeordneten Brexits für die Iren am größten.

Aber auch das wurde bei der Debatte im Graf-Zeppelin-Haus deutlich: Beim Brexit geht es nicht nur um wirtschaftliche Folgen, zur Disposition steht das Ansehen Europas in einer globalisierten Welt. „Wenn die Briten gehen, wird aus ‚Great Britain‘ ‚Little England‘“, sagt Oettinger. Die Gewinner dieser Entwicklung wären, so der EU-Haushaltskommissar, China sowie Autokraten wie Putin und Erdogan. „Nur gemeinsam sind wir ausreichend wahrnehmbar, um die Welt mitgestalten zu können“, sagt Oettinger. Doch welche Szenarien ergeben sich aus dieser Erkenntnis?

Oettinger plädiert dafür, die Brücken zu Großbritannien nach dem Brexit unbedingt aufrechtzuerhalten – wegen der Zusammenarbeit der Geheimdienste, der militärischen Zusammenarbeit, der Arzneimittelproduktion und der europäischen Forschungselite, die auf der Insel ansässig sei. „Es gibt genügend Gründe, wegen der man die Briten auch nach einem Brexit nicht in den Atlantik stoßen sollte.“

Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler sieht im Falle eines ungeordneten Brexits allerdings nur geringe Chancen, den Gesprächsfaden mit London nicht abreißen zu lassen. „Den Briten wird nichts anderes übrig bleiben, als sich politisch und wirtschaftlich an die USA anzulehnen“, prognostiziert er. Für die Europäer sei das „eigentlich eine Katastrophe“ – nicht nur wegen des Verlusts von Kompetenzen im Sicherheitsbereich, „sondern weil sich die Wahrnehmung der Welt der Europäer verändert, sie verlandet“, sagte Münkler. In Anbetracht der neuen geopolitischen Machtkonstellationen, dem Ende „des amerikanischen Zeitalters“, müsse Europa Interesse an einer Neugestaltung der Weltordnung haben, um wirtschaftlich und politisch handlungsfähig zu bleiben.

Doch wie konnte es dazu kommen, dass Europa zuletzt, auch ohne Brexit, an innerer Stärke verloren hat? Eine Antwort darauf: Die Franzosen seien zehn Jahre lang nicht mehr Motor gewesen, sondern hätten auf Marine Le Pen und die Rechten geschaut. „Druck und Angst führen dazu, erst mal stillzuhalten“, so Münkler, das sei auch in Deutschland passiert. Diese Art von „Machtsicherung durch Vogel-Strauß-Verhalten“ habe zu einer Lähmung Europas geführt, frei nach dem Motto Angst essen Seele auf.

Günther Oettinger (links) und SZ-Korrespondent Sebastian Borger.

Herfried Münkler FOTOS: FLEMMING

Oettinger warnte, dass Europa zudem in eine sehr schwierige wirtschaftliche Lage gerate. „Im nächsten Frühjahr reden wir über ganz andere Themen.“ Auch der Einmarsch der Türken in Syrien müsse Europa beschäftigen. Diese Krise könnte aber auch zur Chance werden. „Europäer und Deutsche müssen weltpolitikfähiger werden. Oettinger setzt hierbei auf die neue EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen. Im nächsten Jahrzehnt werde eine stärkere EU entstehen. Er traue von der Leyen zu, in dieser Dimension zu handeln. Und er fügt hinzu, dann mache die neue EU-Kommissionschefin ihre Zeit in Berlin vergessen „und kann im Geschichtsbuch gut dastehen“.

Sebastian Borger ist beunruhigt, wie viele gesellschaftliche Gruppen in London gelähmt seien. Der Premier hätte seinen Hut nehmen müssen, und eigentlich wäre das Staatsoberhaupt, Queen Elizabeth, gefordert gewesen einzugreifen. Münkler sieht in der Tatenlosigkeit der Monarchin einen Hinweis, dass angesichts ihres Alters der Gestaltungswille nicht mehr da sei. All diese Enttäuschungen beförderten den Wunsch nach starken Männern.

Mit einem optimistischen Blick nach vorn rundet Oettinger das Thema dann aber ab. Nach dem Weggang der Briten wachse die Chance auf eine europäische Armee. „Da kommt Bewegung rein.“

Flaues Gefühl beim Gedanken an die Türkei

Agnieszka Brugger (Grüne) und Roderich Kiesewetter (CDU) sprechen sich für einen Stopp von Rüstungsexporten aus

Von Sabine Lennartz

Wird Europa seiner Verantwortung gerecht? Das ist eine der Kernfragen, die sich aktuell nach dem Einmarsch der Türkei in Syrien stellt. „Schon vor einem Jahr gab es den Einmarsch in Afrin, und ich kann nicht nachvollziehen, warum es von Nato, EU und Deutschland nur zahme Statements gab”, sagt die grüne Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger.

Im Gegenteil: Seitdem seien Rüstungsgüter und Waffen im Wert von einer halben Milliarde an die Türkei weitergeliefert worden. Diese Exporte müsse man stoppen. „Ich bin dabei“, sagte Roderich Kiesewetter zustimmend, der CDU-Obmann für Außenpolitik. „Ostukraine, Iran, Nato: Europa zwischen den Stühlen“ hieß das Thema der Podiumsdiskussion auf dem BBF-Forum. Hochaktuell kam der Einmarsch in Syrien hinzu. Hat man ein flaues Gefühl, wenn ein Natoverbündeter diese Aktion startet, wollte der Chefredakteur der „Schwäbischen Zeitung“, Hendrik Groth, von den Diskussionsteilnehmern wissen.

Roderich Kiesewetter zog eine verheerende Bilanz. „Die USA haben wieder einmal Verbündete fallen lassen“, Trump gefährde den Zusammenhalt der Nato und die Europäer hätten kaum eine Handhabe außer der Entwicklungshilfe. Kiesewetter forderte, „wenigstens den Erdogan-Clan zu sanktionieren“.

Auf die Frage, ob Erdogan überhaupt fähig sei, eine Groß-Türkei zu erreichen, antwortete Jürgen Knappe, Generalleutnant der Luftwaffe und Befehlshaber im Multinationalen Kommando Operative Führung in Ulm, nein. Die Türkei könne eine Sicherheitszone einrichten, aber langfristig halten wohl kaum. Knappe, der von 2010 bis 2011 in Afghanistan stellvertretender Kommandeur des deutschen Einsatzkontingents war, erinnerte an den Afghanistan-Einsatz. Großmächte täten sich schwer, über die letzte Konsequenz der militärischen Mittel nachzudenken.

„Ich bin dabei.“

Roderich Kiesewetter zu einem Stopp von Rüstungsexporten in die Türkei

Wird Europa zum Spielball der Großmächte? Agnieszka Brugger empfahl, dass Europa eine größere Unabhängigkeit erlangen müsse. Die Krisen in dieser Welt nähmen zu, und man sehe, dass „ein Herr Putin, ein Herr Trump, Erdogan und Bolsonaro kein Interesse daran hätten die Friedens- und Welthandelsordnung irgendwie zu erhalten“. Sie wollten das Recht der Stärkeren über die Stärke des Rechts stellen wollen. Da müsse Europa um die Werte kämpfen, aber auch mehr Souveränität erlangen. Auch Roderich Kiesewetter warnte, man müsse alles tun, damit Europa nicht zum Spielball der Großmächte werde.

Doch wie soll Europa sich langfristig aufstellen, wie kann man mehr Souveränität bekommen? Andrij Melnik (44) ist ukrainischer Jurist, Politiker und Diplomat und seit fünf Jahren Botschafter seines Landes in Deutschland. Seit dem Jahr 2014 also, in dem der Krieg gegen die Ukraine begann. Er wünschte sich von der EU zusätzliche Schritte über die Sanktionen gegen Russland hinaus. Die Ukraine habe in ihrer Verfassung das Ziel, in die EU und die Nato zu kommen. Melnik meinte, man wolle dazu einen eigenen Beitrag leisten. Ein Ja zur Ukraine bedeute nicht gleichzeitig ein Nein zu Russland.

Johannes Grotzky, der als Osteuropa- und Russlandkenner, Korrespondent und Kriegsreporter bekannt wurde, hat die Sorge, dass Europa gerade den Weg zurück gehe, zu neuen Barrieren, neuen Grenzen. Er empfahl, langfristig ein vereintes Europa mit Russland anzustreben.

Über die Frage, wie sich Europa inmitten wachsender Konflikte behaupten kann, diskutierten (von links) Jürgen Knappe, Agnieszka Brugger, Roderich Kiesewetter, Andrij Melnyk und Johannes Grotzky mit dem Chefredakteur der „Schwäbischen Zeitung“, Hendrik Groth. FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Der demografische Wandel macht sich auch in Deutschland bemerkbar: Immer mehr Menschen werden immer älter. Gesundheitsversorgung und Pflege gewinnen an Bedeutung. Parallel dazu ist die erste Generation sogenannter Digital Natives erwachsen geworden. Für sie ist die Digitalisierung nicht etwas Neues, sondern etwas Selbstverständliches. Wie wirkt sich das auf die Gesellschaft aus?

Stehenbleiben soll es nicht geben

Im Pflege- und Krankenhausbereich mahnen Experten einschneidende Änderungen an

Von Uwe Jauß

Vier Diskutanten zum Thema Krankenhäuser und Pflege auf dem Podium – aber immerhin neben Meinungsunterschieden auch übereinstimmende Standpunkte. So hat übergreifend Konsens geherrscht, dass es in beiden Bereichen nicht so bleiben kann wie es ist. Manne Lucha, Baden-Württembergs Minister für Soziales und Integration, hielt das Impulsreferat vor der Diskussionsrunde. Der Grünen-Politiker betonte: „Jeder soll am richtigen Ort, zum richtigen Zeitpunkt die richtige Behandlung bekommen." Er machte deutlich, zwischen welchen Koordinaten sich Gesundheitsexperten bewegen – etwa mit Blick auf den Mangel von Fachkräften und überkommene Strukturen.

Zu letzteren zählte der Minister die nach wie vor hohe Zahl von Krankenhäusern im Land. „Wir müssen einen Konzentrationsprozess führen", forderte Lucha. Ihm ging es dabei um das Zusammenführen medizinischer Fähigkeiten. Die früher noch weit mehr als heutzutage verbreiteten kleinen Kliniken würden nur zum Verzetteln der Kräfte führen. Der Minister ergänzte jedoch energisch, dass dort, wo eventuell ein Krankenhaus geschlossen wird, etwas anderes nachkommen soll: „Einrichtungen für die Nachsorge des bereits behandelten Patienten."

Ein Einreißen von „Sektorengrenzen zwischen der Gesundheitsfürsorge und der Pflege" gehörte indes zu jenen Punkten, die Berthold Broll umgetrieben haben. Er ist einer von drei Vorständen der Stiftung Liebenau, eines unter anderem im Gesundheits- und Pflegebereich tätigen Unternehmens aus dem Bodenseekreis, das über 7000 Menschen beschäftigt und in sechs Ländern arbeitet. Broll hätte gerne übergreifende Strukturen – im Weiteren auch für die stationäre und ambulante Versorgung. Er ging davon aus, dass dies für Patienten und Pflegebedürftige sinnvoller sei als ein Weiterschieben der Menschen von einem in den anderen abgeschotteten Bereich.

Der Fachkräftemangel war ebenso sein Thema. Die Stiftung Liebenau hat hierzu schon reagiert. Eine eigene Abteilung versucht inzwischen Leute aus dem Ausland zu rekrutieren. Woher künftige Mitarbeiter kommen könnten, sei „eine zentrale Fragestellung in einer Region, in der praktisch Vollbeschäftigung herrscht", sagte Broll mit Blick auf den Bodenseeraum. Er sah es zwar als wichtig an, in der Pflege die „Attraktivität der Arbeitsplätze" zu steigern – durch bessere Gehälter oder auch mehr Freiräume im täglichen Arbeitsablauf. Wie Broll meinte, helfe dies letztendlich im Rekrutierungswettlauf mit der Industrie aber wenig. Diese könne am Schluss meist mehr bieten – finanziell ebenso wie bei der Ausgestaltung möglicher Posten. Mit anderen Worten: Der Blick über die Grenzen sei unabdingbar.

Noch etwas beschäftigte Broll. Laut seiner Meinung leidet der Gesundheitssektor unter einem „hohen Regulierungsgrad". Es werde ein großer Aufwand für Regularien betrieben. Broll nannte das gegenwärtig bestehende Dokumentationsverfahren bei einer Patientenbehandlung. Dies würde Ärzte wie Pflegekräfte an den Schreibtisch binden. Sinnvoller wäre mehr Zeit für den Patienten. Der Liebenau-Vorstand wünschte sich mehr Bewegungsspielraum für das medizinische oder das pflegende Personal. „Das Leben ist bunt", argumentierte Broll. Er meinte damit, es könne nicht einfach in Beton gegossen werden.

Der dritte Diskutant war Andreas Beivers, Professor am Institut für Gesundheitsökonomik an der Fresenius-Hochschule in München. Er sprach sich vehement für das zahlenmäßige Verringern von Klinikstandorten aus. Ähnlich wie bei Minister Lucha ging es in seiner Stellungnahme nicht um Finanzen. Beivers sagte beispielsweise: „Wir schaffen es nicht mehr, alle Standorte mit Leuten zu versehen." Ihm ging somit auch der Fachkräftemangel nahe. Mit Blick aufs Geld argumentierte er, letztlich seien höhere Summen für weniger, aber wesentlich besser ausgestattete Kliniken nötig. Wegen des Rückzugs aus der Fläche käme es zudem darauf an, dass „die Erreichbarkeit der übrigbleibenden Krankenhäuser" gesichert werde. Diesen Punkt hielt Beivers für unkompliziert. Da heutzutage viel mehr Menschen durch den Individualverkehr mobiler seien als früher, gebe es üblicherweise Fahrmöglichkeiten.

Manne Lucha FOTOS: FELIX KAESTLE

Berthold Broll

Beivers sah übrigens ebenso ein Problem bei der Dokumentation des Patentiendaseins. Liebenau-Vorstand Broll erhielt ein Stück weit Unterstützung. Wobei Beivers bei solchen Tätigkeiten auf eine weitergehende Digitalisierung im Gesundheitsbereich setzte: „Dann hat der Mediziner wieder mehr Zeit für den Patienten."

Susanne Johna gehört zum Vorstand der Bundesärztekammer. Die Medizinerin schloß sich den Forderungen nach einer Konzentration im Krankenhauswesen an. „Aber mit Maß", fügte sie an. Das Kind solle in ihrer Intention nicht mit dem Bade ausgegossen werden. Generell forderte sie „mehr Medizin-Studienplätze und mehr Ausbildung für die Pflege". Wodurch sich einmal mehr der Kreis zu ihren Mitdiskutanten schloß. Hierzu gehörte zudem ihre Haltung zur Patienten-Dokumentation. „Braucht es immer mehr Instrumente, um Daten zu erheben?", fragte Johna. Nein, lautete ihre Antwort. Es würden Belege fehlen, dass dies den Patienten etwas bringe.

Der einzige, der beim Dokumentationsthema etwas bremste, war Minister Lucha. Er wollte wenigsten „Leitplanken" haben. Eine gewisse Kontrolle über die Patienten-Behandlung solle vorhanden sein. Die anderen Beteiligten der Runde zweifelten dies nicht an. Offen blieb nur, wie viel Dokumentation nützlich sein könne. Lucha betonte, dies müsse vom Ergebnis her gedacht werden, also inwieweit es dem Wohlbefinden des Patienten helfe. Hierzu gibt es aber offenbar noch Forschungsbedarf.

Junge Menschen wollen digitalere Politik

Digital-Native-Experte Philipp Riederle setzt sich für ein Medienangebot ein, das der Generation Y entspricht

Von Ronja Straub

Junge Menschen wollen sich eine Partei genauso aussuchen wie ein Handy: Farbe und Speicherplatz symbolisieren hier Parteiprogramme und Informationsangebot.

So hat Philipp Riederle, 1994 geboren, veranschaulicht, was die sogenannte Generation Y der 20- bis 30-Jährigen will, wenn es um Politik geht. Das hat der Unternehmensberater für digitale Kompetenzen bei der BBF-Podiumsdiskussion zum Thema „Wie erreicht man die Generation Y" erklärt. „Unsere Generation tut sich schwer, sich bei einer Partei wiederzufinden. Wir suchen uns eher Themen und wollen uns für diese einsetzen." Ein Beispiel dafür seien die Fridays-For-Future-Demos.

Wie können Parteien und Parlamente aussehen, damit sie die „Millennials" erreichen? – Das wollte Moderatorin und Digitalredakteurin der „Schwäbischen Zeitung" Andrea Pauly von ihren Gästen wissen. Mehr als 100 waren gekommen, sowohl jung als auch alt, Schüler und Rentner.

Denn dass die jungen Menschen sich wieder für Politik interessieren, steht für Riederle außer Frage. Seine Präsentation, die er vor dem Podium den Zuhörern vorführte, belegte: Laut einer Shell-Jugendstudie ist das Politikinteresse von dem Jahr 2002 bis 2015 um über zehn Prozent gestiegen.

Dass Politiker von dem YouTuber Rezo, der mit seinem Video „Die Zerstörung der CDU" Millionen junge Menschen angesprochen hat, noch vieles lernen können, sagte Ann Cathrin Riedel, Vorsitzende des Vereins für liberale Netzpolitik und FDP-Politikerin. „Wir haben es bis heute nicht geschafft, uns mit den Begriffen der Jugend auseinanderzusetzen."

Denn die Reaktion der CDU im Mai: Eine 27-seitige PDF-Datei. Philipp Riederle meint dazu: „Es wäre im ersten Schritt gut gewesen, sich für das Interesse und die Auseinandersetzung mit der Partei zu bedanken."

Dass die CDU mit ihrem Kanal „CSYou" versucht hat, Rezo „zu kopieren", war für Klaus Meier, Professor für Journalistik an der katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, jedenfalls nicht die richtige Lösung. „Damit verlor die Partei ihre Authentizität", sagte er. Denn eben diese, die Transparenz und das Erklären, seien die großen Stärken von Rezo gewesen.

Ann Cathrin Riedel (FDP) im Gespräch (links). FOTO: DANIEL DRESCHER

Laut Podiumsgast Dimitrios Argirakos, Webvideo-Gründer und SPD-Mitglied, liegt das Problem, dass junge Menschen selbst nicht als Politiker aktiv sind, an der Struktur der Karriere. „Die hat nichts mit dem Leben der jungen Leute zu tun", sagte Argirakos. „Die jungen Menschen machen ‚Work and Travel' in Australien." Dazu passe nicht, sich in der Kommunalpolitik mit Plakatekleben und Präsenz in den Ortsverbänden zu engagieren. Dem stimmte Riederle zu. Er sieht außerdem ein Problem darin, dass klassische Parteikarrieren nicht mehr zur Lebensführung der jungen Generation passen. „Wer alle zwei Jahre umzieht, auch mal im Ausland lebt, der fasst in keinem Ortsverein Fuß. Und entgeht der Chance, mitzugestalten."

Argirakos sprach sich außerdem dafür aus, mehr Wissenschaftler in die Parlamente zu setzten, die ihre Erkenntnisse aus der Forschung einbringen können. Ann Cathrin Riedel widersprach: „Dennoch muss ein Parlament eine Bandbreite abdecken. Schließlich hat ein Wissenschaftler andere Probleme als eine Hausfrau."

Wo sich alle einig waren: Die Parteien müssen digitaler werden. Riederle wünscht sich bessere Veranschaulichung auf den Webseiten der Parteien und die Möglichkeit der Interaktion und Mitgestaltung.

Das wünscht sich auch Antonio Hertlein, einer der Zuschauer bei der Podiumsdiskussion. Er ist politisch aktiv: Der 17-Jährige aus Ravensburg ist im Kreis- und Ortsverband der SPD. Einmal im Monat geht er zum Stammtisch. „Ich finde den Stammtisch wichtig, um mit anderen zusammenzukommen", sagte er. „Man sieht sich und kann diskutieren." Trotzdem finde er auch, dass seine Partei digitaler werden muss. „Dann können wir uns auch besser vernetzen", sagt Hertlein.

Meinungsfreiheit ist einer der wichtigsten Grundpfeiler unserer Demokratie. Menschen demonstrieren für mehr Klimaschutz, gehen gegen Rechtsextremismus auf die Straßen – verbreiten aber auch vermehrt Beleidigungen und Hass im Internet. Beim BBF beziehen Vertreter aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik klare Positionen zu diesen Phänomenen.

Eine tödlich aktuelle Diskussion

Claudia Roth diskutiert über Haltung in Wirtschaft und Politik im Schatten des Terrors von Halle

Von Sebastian Heinrich

Niemand hatte gehofft, dass das Thema so brennend aktuell wird. Knapp 24 Stunden sind vergangen, seit ein Mann in Halle versucht hat, ein Massaker in einer Synagoge anzurichten und dabei zwei Menschen hingerichtet hat. Und jetzt sitzen fünf Menschen auf dem Podium beim Bodensee Business Forum in Friedrichshafen, um über Haltung zu sprechen.

Claudia Roth sitzt da, Urgestein der Grünen, Vizepräsidentin des Bundestags. „Politik, Unternehmen und Gesellschaft zeigen Haltung“ lautet der Titel der Diskussion – gemeint ist: für die freiheitliche Demokratie und gegen ihre Feinde. Roth ist es damit ernst, seit Jahren. Für Menschenrechte, gegen Rassismus: Roth spricht ihre Meinung seit Jahren laut aus. Für Rechtsextreme ist sie eine Art Maskottchen des Hasses.

Moderator Uli Reitz fragt Roth erst, was sie zur türkischen Invasion im kurdischen Norden Syriens sagt. Und Roth redet mitten in den heißen Brei hinein. „Nichts anderes als ein völkerrechtswidriger Krieg“ sei das, die Reaktion der Nato darauf „windelweich“, die Kurden fühlten sich „völlig verraten“.

Wenig später geht es um Halle, um diesen Terrorakt, angetrieben von Judenhass und rassistischem Wahn, der wie ein pechschwarzer Schatten über dem herbstsonnendurchfluteten Saal liegt. Da wird, links neben Claudia Roth auf dem Podium, Michael Brand laut. Brand ist Menschenrechtsbeauftragter der Unionsfraktion im Bundestag. Er war eng befreundet mit dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, den ein Rechtsextremer im Juni ermordet hat. Brand hatte Lübcke im Frühsommer im Parlament mit diesen Worten geehrt: „Wir werden nicht nachgeben, und wir werden gewinnen. Das verspreche ich dir, lieber Walter.“ In Friedrichshafen lobt Brand, dass manche Unternehmen für die offene Gesellschaft Farbe bekennten. Aber es sei auch wichtig, „dass jeder klare Kante gegen Dinge bezieht“. Brand klärt sofort, wen er damit meint. Er sagt, ohne das „jahrelange, systematische Aufheizen und Hetzen gegen unsere offene Gesellschaft und gegen den Rechtsstaat von Höcke und Co.“ wären weder der Mord an Lübcke noch das Attentat von Halle möglich gewesen. Brand spricht diese Sätze über den rechtsnationalen Thüringer Politiker und seine Partei mit dem ganzen Körper aus, beugt sich nach vorne, schlägt mit der rechten Hand senkrechte Schneisen durch die Luft.

Als es um die AfD geht und um ihre Mitverantwortung für rechtsextremen Terror, wird auch Claudia Roth laut. „Wir haben ein Problem und wir haben einen Brandbeschleuniger“, ruft sie, „und der sitzt im Bundestag und in Landtagen“.

Neben Roth und Brand auf dem Podium sitzen Daniel Hetzer, Film- und Fernsehproduzent und Patrick Kammerer, Kommunikationschef von Coca-Cola Deutschland. Hetzer hat jahrelang in den USA gearbeitet und gelebt – er erzählt davon, wie er das gesellschaftliche Klima dort und in Deutschland wahrnimmt. „Der Schnitt durch die Gesellschaft ist krass“, sagt er über die USA in Zeiten des Präsidenten Donald Trump – und über das soziale Klima in beiden Ländern: „Ich hab' das Gefühl, das ist alles so wund und alle sind so überreizt.“

Kammerer hatte es in der Vorweihnachtszeit 2018 zu einer gewissen Berühmtheit geschafft. Damals hatte er ein von Aktivisten verfremdetes Coca-Cola-Plakat, das sich gegen die AfD aussprach, auf Twitter mit den Worten kommentiert: „Nicht jedes Fake muss falsch sein“. In der Diskussion in Friedrichshafen erzählt er, warum gerade Coca-Cola ein großes Interesse habe an einer offenen, inklusiven Gesellschaft. Die süßen Brausen seiner Marke müssten „etwas sein, das für alle gleichermaßen gilt“, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung. Ja, sagt Kammerer, für Unternehmen sei es ein „ganz schmaler Grat“ sich politisch zu positionieren.

„Wir haben ein Problem und einen Brandbeschleuniger. Und der sitzt im Bundestag und in Landtagen“, sagt Claudia Roth. FOTO: FELIX KAESTLE

Er erzählt von Kommentatoren, die ihm auf Twitter mit Kastration gedroht hätten. Aber auch von den knapp 9500 Likes für seinen Plakat-Tweet. Und davon, dass kein Einziger der Tausenden Coca-Cola-Kunden in Deutschland danach die Zusammenarbeit aufgekündigt habe.

Welche Folgen es hat, Stellung zu beziehen, das wissen die Politiker Roth und Brand. Brand sagt: „Jeder, der diese Haltung bezieht, der weiß ja, dass er ins Fadenkreuz kommt.“ Für seinen Freund Lübcke ist das tödliche Realität geworden. Roth liest eine Nachricht vor, die ein Mensch ihr zugeschickt hat. Eine widerwärtige Mordfantasie, eingeleitet von den Wörtern „Stinkfotze Claudia Fatima Kot“. Ganz am Ende der Diskussion stellt Brand – mit Blick auf die Hassverbreiter – eine Frage in Richtung Medien, über die noch zu streiten sein wird: „Geben wir den Bekloppten nicht viel zu viel Aufmerksamkeit?“

Ringen um den Klimaschutz

Umweltschützer, Politiker und Unternehmer im Austausch

Von Kara Ballarin

Die Bundesregierung hat am Mittwoch das Klimapaket beschlossen. „Das ist ein erster Schritt“, sagte Lara Homes von Fridays for Future Ravensburg. „Es ist gut, dass überhaupt etwas passiert.“ Den einen gehen die Beschlüsse im Sinne des Klimaschutzes nicht weit genug, für die anderen sind sie zu radikal. Genau über diesen Konflikt hat Katja Korf, Korrespondentin der „Schwäbischen Zeitung“ in Stuttgart, am Donnerstag beim Bodensee Business Forum in Friedrichshafen debattiert. „Wie radikal darf Umweltpolitik sein“, hat sie ihre Diskutanten im Alfred-Colsman-Saal gefragt.

Deutschland verpasst die selbst gesteckten Ziele zum Klimaschutz – zumindest das Zwischenziel für 2020. 40 Prozent der Treibhausgase im Vergleich zu 1990 sollten eingespart werden. „Wir erreichen minus 34 Prozent“, betonte Norbert Lins, Europaabgeordneter der CDU aus Pfullendorf. „Das ist ja nicht nichts.“

Doch woran liegt‘s? Ist die Politik zu zögerlich, zu nachsichtig mit der Industrie? Das wollte FDP-Landeschef und -Bundesvize Michael Theurer nicht gelten lassen. „Das Narrativ, die Bürger sind die Guten, die Industrie sind die Bösen, stimmt nicht“, sagte er. Die Klimaziele würden unter anderem deshalb nicht erreicht, weil die Bürger immer mehr und immer größere Autos führen. Sein Mantra, das er immer wieder vorbringt: Nur Innovation bringe Fortschritt. „Wir brauchen klimaneutrale Treibstoffe.“

Nicht nur das, betonte die junge Klimaaktivistin Homes. Sie fordert mehr Steuerung von der Politik ein. „Die Städte sind fast alle autogerecht gebaut“, beklagte sie und verwies etwa auf das sehr fahrradfreundliche Kopenhagen. „Das wäre ein erster Schritt: Man muss sicher mit dem Fahrrad von A nach B kommen.“ Zudem müsse der öffentliche Nahverkehr eine echte Alternative zum Auto werden – ein Zustand, der noch längst nicht gegeben sei.

Ein Kämpfer in dieser Hinsicht, zumal ein umstrittener, ist Jürgen Resch. Seit mehr als 30 Jahren führt er die Geschäfte der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Regelmäßig beschäftigt sein Verein die Gerichte, wenn er Verstöße gegen Umweltauflagen ausmacht – auch die Aufklärung des Dieselskandals hat die DUH maßgeblich ins Rollen gebracht. „In ganz Deutschland wird die Autoindustrie bei schweren Verstößen nicht verfolgt“, kritisierte er. Der Klimaschutz stagniere in Deutschland, im Verkehrssektor stiegen die Emissionen sogar wieder. Das „Pseudoklimaschutzpakt“ der Bundesregierung nannte er eine „Lachnummer“.

Martin Ohneberg FOTO: FELIX KAESTLE

Solche klaren Positionen bringen Resch und seinem Verein nicht nur Applaus ein. Martin Ohneberg, Präsident der Industriellenvereinigung Vorarlberg und Chef des Autoteileherstellers Henn, warnte vor einer Vereinfachung komplexer Sachverhalte – genau das warf er Resch vor. „Das führt zu einer bedenklichen Radikalisierung.“ Die Industrie sei nicht das Problem auf dem Weg zu mehr Klimaschutz, sie sei die Lösung.

Politik verschärft Unsicherheit

„Das Schlimmste für die Wirtschaft ist die Unsicherheit“, betonte Ohneberg. Der Handelskrieg der USA mit China beschädige die exportorientierte Industrie – gerade auch im Bodenseeraum. „Und unsere Politik verschärft die Unsicherheit.“ Dabei gehe es nicht nur um Arbeitsplätze, sondern auch um den Wohlstand und das Gemeinwohl.

Es seien die Zulieferer wie Ohneberg, in die er seine Hoffnung setze, sagte DUH-Geschäftsführer Resch. Wenn sich schon die großen Automobilfirmen zu wenig wandelten, müssten die kleinen und mittelständischen Zulieferer dafür sorgen, dass die für Deutschland und gerade auch für Baden-Württemberg wichtige Autoindustrie nicht kaputt gehe. Sie müssten die Großen durch Innovation antreiben.

Ganz klar sieht die Fridays-for-Future-Aktivistin Homes die Politik in der Pflicht. „Ich finde es sehr schade, dass Bürger, die sich fürs Klima einsetzen, eine schiefe Ebene hochkrabbeln.“ Ihr Appell an die Politik: Klimafreundliches Verhalten subventionieren, Klimakiller wie Kohle hingegen nicht.

Wolfgang Grupp, Geschäftsführer des Modeherstellers Trigema, kommt mit dem Hubschrauber – und wird von Benjamin Wagener, Wirtschaftschef der „Schwäbischen Zeitung“, begrüßt.
FOTO: FELIX KÄSTLE

Auch außerhalb der Panels und Workshops tauschen sich Speaker, Moderatoren und Gäste aus.
FOTO: DANIEL DRESCHER

Ein Blick ins Programmheft lohnt sich: Bei 20 Podien und Workshops an einem Tag haben die Besucher die Qual der Wahl.
FOTO: MICHAEL SCHEYER

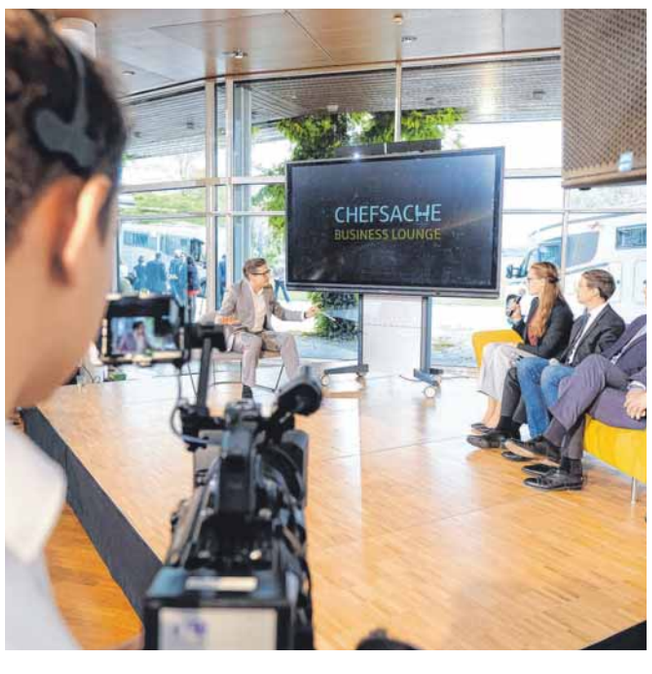
Schon zur Begrüßung am Morgen ist der Ludwig-Dürr-Saal sehr gut besucht.
FOTO: MICHAEL SCHEYER

Schwäbisch Media Geschäftsführer Dr. Kurt Sabathil (rechts) begrüßt Wolf-Henning Scheider, CEO der ZF Friedrichshafen AG.
FOTO: FELIX KAESTLE

Die Besucher tauschen sich über ihre Eindrücke aus.
FOTO: MICHAEL SCHEYER

Das Bodensee Business Forum lockte auch junge Besucher in das Graf-Zeppelin-Haus.
FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Im Foyer des Graf-Zeppelin-Hauses wird eine Folge der Regio TV-Sendung „Chefsache“ aufgezeichnet.
FOTO: MICHAEL SCHEYER



regioTV

Die Sendung **Chefsache**, die beim **BBF** aufgezeichnet wurde, wird an folgenden Terminen bei **Regio TV Bodensee** ausgestrahlt:

Samstag, 12. Oktober
20:30 Uhr
und 22:30 Uhr
Sonntag, 13. Oktober
00:30 Uhr, 09:00 Uhr,
16:30 Uhr, 22:00 Uhr
und 23:30 Uhr

BBF

Das nächste Bodensee Business Forum findet am **29. September 2020** statt.

Alle Informationen und Hintergründe zum Bodensee Business Forum 2019 im Netz auf www.schwäbische.de/bbf2019

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Autoren dieser Beilage: Sabine Lennartz, Ulrich Mendelin, Andreas Knoch, Lukas Wild, Franziska Telser, Dirk Grupe, Claudia Kling, Uwe Jauß, Ronja Straub, Sebastian Heinrich, Kara Ballarin alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg;
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil
Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Michael Meyer-Böhm
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Schebitz

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 71 vom 1.3.2019. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm